

# Vorsorgelücken für Erziehende schliessen

**Die VU setzt sich seit Langem dafür ein, Familien mehr Wahlfreiheit bei der Organisation ihres Lebens zu bieten. Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher hat mit den Grundlagen für eine bessere Altersvorsorge Erziehender einen wichtigen Schritt auf diesem Weg getan.**

Von Heribert Beck

«Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familienarbeit besser honoriert und anerkannt wird, sodass erziehende Elternteile und besonders Alleinerziehende Arbeit und Kinder unter einen Hut bringen können», sagt Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher. Da es viele Frauen gebe, die sich gegen eigene Kinder entscheiden, weil sie Lücken in ihrer Altersvorsorge befürchten, müsse der Staat hier ansetzen. Diese Art der Familienpolitik dürfe Liechtenstein sich auch etwas kosten lassen. «Es geht aber ganz klar darum, eine effektive Lösung zu finden. Denn wenn der Staat Geld ausgibt, sollte die Investition auch sinnvoll sein.»

## Die zweite Säule stärken

Um die bestmögliche Lösung zur Vermeidung von Vorsorgelücken zu finden, hat Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschüscher im vergangenen Jahr eine Studie in Auftrag gegeben. Ein Expertengutachten zeigte daraufhin auf, wie die Situation nichterwerbstätiger Elternteile in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge verbessert werden kann – mit einem eindeutigen Ergebnis: Die einfachste und praktikabelste Lösung liegt in

der zweiten Säule, also in der Pensionsversicherung.

Ähnlich wie bei Arbeitslosen, die ihre Versicherung bei einer betrieblichen Pensionskasse weiterführen können, könnte dies auch bei der Kindererziehungszeit funktionieren. Beispielsweise indem der Staat während drei bis fünf Jahren einen Teil der Beiträge für Personen übernimmt, die vor der Aufgabe oder einer erheblichen Reduktion ihrer Erwerbstätigkeit Beiträge in die zweite Säule einbezahlt haben.

Die Pensionskasse für das Staatspersonal sieht eine solche Möglichkeit bereits vor. Für Versicherte in anderen Pensionskassen liesse sich eine Sammelstiftung gründen, in welche zunächst der Staat seine Zuschüsse einzahlte. Nach dem Ende der Erziehungspause könnten sich die betroffenen Elternteile mit diesem Geld dann wieder in ihrer eigenen Pensionskasse einkaufen. So liesse sich besonders für Frauen mit Kindern am einfachsten und systemkonformsten eine Verbesserung ihrer Altersvorsorge erreichen. Eingriffe in das bestehende System seien in diesem Fall zwar notwendig, aber nicht allzu gravierend, stellte Gutachter Jürg Brechtbühl fest.

## Gelder zweckgebunden ausschütten

Die Vorteile dieser Lösung liegen unter anderem darin, dass sich die bezugsberechtigte Zielgruppe leicht feststellen lässt und dass sichergestellt ist, dass die Mittel zweckgebunden verwendet werden. Dies im Gegensatz zum von der FBP propagierten und mittlerweile vorläufig zurückgezogenen Familiengeld. Auswirkungen auf die AHV und die private Vorsorge hätte die vorgeschlagene Lösung keine. «Soll versucht werden, diesen Förderbeitrag auf Personen mit Wohnsitz im Fürs-



**Mehr Wahlfreiheit für Eltern:** «Die Basis für eine optimalere Altersvorsorge der Erziehenden haben wir gelegt. Jetzt ist eine zügige Umsetzung gefragt, damit Familienarbeit besser honoriert und anerkannt wird», sagt Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher.

Bild Bilderbox

tentum Liechtenstein zu beschränken, so dürfte sich dies im Rahmen der betrieblichen Vorsorge leichter realisieren lassen als in der dritten Säule für die keinerlei gesetzliche Rahmenbedingungen vorhanden sind», hält das Gutachten weiters fest.

Auf jeden Fall sollten auch Eltern erfasst werden, welche sich in die Familien- und Erwerbsarbeit teilen. In diesem Fall dürfen die Bezugsberechtigten aber nicht besser gestellt werden als Eltern, bei welchen ein Eltern-

teil die Erwerbstätigkeit ganz aufgibt, rät Gutachter Brechtbühl.

## Umsetzung in diesem Jahr möglich

Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher ist davon überzeugt, dass die von Brechtbühl empfohlene Massnahme der richtige Weg für Liechtenstein ist. «Die Basis für eine optimalere Altersvorsorge der Erziehenden haben wir gelegt. Jetzt ist eine zügige Umsetzung gefragt. Die gesetzlichen Grundlagen für diese wichtige Errungenschaft können

noch im laufenden Jahr verabschiedet werden.»

Damit wäre ein weiterer Schritt hin zu einem familien- und kinderfreundlichen Liechtenstein getan, wie es die Vaterländische Union in ihrem Wahlprogramm anstrebt. Eltern hätten durch die staatlichen Beiträge an die Pensionsversicherung mehr Wahlmöglichkeiten in der Frage der Erziehung und mehr Spielraum, sich dieser Erziehung selbst zu widmen, wenn sie sich für diesen Weg entscheiden.